

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Bremen muss nationales Seehafenkonzept mit entwickeln**

Das Bundeskabinett hat sich am 15. September 2004 auf die Erarbeitung eines gemeinsamen Seehafenkonzepts verständigt, das mit den Ländern, die über Seehäfen verfügen, entwickelt werden soll. Es geht dabei um die Stärkung aller Hafenstandorte an der Küste, um im Rahmen einer nationalen und europäischen Arbeitsteilung ökologische, ökonomische und soziale Aspekte besser zu verzahnen. Nur so wird es gelingen, die Seehafenstandorte in Deutschland zukunftssicher zu machen – bei geringerem Finanzierungsaufwand für Bund und Länder und geringeren Auswirkungen auf die Umwelt. Der Subventions- und Ausbauwettbewerb bei Flüssen und Häfen muss abgelöst werden durch eine Arbeitsteilung, die die Besonderheiten der einzelnen Standorte stärkt.

Die Neuaufnahme der Vertiefung von Außenweser und Elbe in den Bundesverkehrswegeplan wurde vom Bundeskabinett zurückgestellt, da weder die ökologischen Auswirkungen noch die Finanzierung der Projekte geklärt sind. Im Bundesverkehrswegeplan fehlen für den Ausbau der Wasserstraßen ohne die beiden Projekte bereits jetzt über 4 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss der Bundesregierung, der einen Abschluss der naturschutzfachlichen Beurteilung für den Ausbau der Außenweser einfordert, bevor das Projekt für die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans geprüft wird.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Notwendigkeit, dass aufgrund der geringen Finanzmittel und unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen eine Prioritätensetzung für alle Wasserstraßenprojekte erfolgen muss.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) vor einer Festlegung auf eine weitere Vertiefung der Außenweser und der Unterweser die naturschutzfachlichen Prüfergebnisse abzuwarten und den entsprechenden politischen Gremien zur Beratung vorzulegen;
 - b) an der Erstellung des Hafenkonzepts 2010 durch die Bundesregierung konstruktiv mitzuarbeiten;
 - c) dem Bund Vorschläge zu unterbreiten, wie sich die bremischen Häfen als Teil des nationalen Hafenkonzepts weiter entwickeln können;
 - d) den zuständigen Fachdeputationen regelmäßig über die Ergebnisse der bundespolitischen Konzepterarbeitung Bericht zu erstatten.

Peter Lehmann, Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen